

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 01/52. Jahrgang

Januar 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Warum tritt die DKP zu Wahlen an?

Die DKP Gießen ist Bündnispartner der Gießener Linken für die Kommunalwahl 2021 und kandidiert mit einer eigenen Landesliste zu den Bundestagswahlen 2021.

Die Ursache der Krise heißt nicht Corona, sondern Kapitalismus!

Die Krise gefährdet zigtausende von Lohnabhängigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz. Sie raubt den Kindern und Jugendlichen jede Perspektive auf ein Leben ohne Angst vor Armut. Gleichzeitig verdienen die Reichen an dieser Krise. Die Konzerne lassen keine Möglichkeit aus, um über Kurzarbeit die Personalkosten auf die Allgemeinheit - also auf die Lohnabhängigen, die im Wesentlichen die Steuerlast tragen - abzuwälzen. Da die herrschende Klasse auf ihren Staats- und Regierungsapparat zählen kann, werden den deutschen Großkonzernen auch noch Steuermilliarden hinterher geworfen.

Für Krankenschwestern, Pflegekräfte, Busfahrer... soll am Ende nur Applaus bleiben. **Dem setzen wir als Kommunisten entgegen:** Statt Kurzarbeit und Personalabbau muss eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich, her. Die Menschen in den unteren Lohngruppen benötigen eine deutliche Anhebung der Löhne. Hartz IV



hat nichts mit Unterstützung zu tun. Es ist ein Druckmittel, um Arbeitslose und Arme zu jeder Arbeit zu zwingen. **Hartz IV ist staatlich verordnete Armut!** Hartz IV muss weg! Wir brauchen eine bedarfsdeckende Unterstützung!

Die Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, öffentlicher Personenverkehr, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation, gehören in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle! Die Privatisierungen sind zurückzunehmen. Die grassierende Wohnungsnot setzt die Regulierung des Wohnungsmarktes auf die Tagesordnung. Wir brauchen staatlichen Wohnungsbau unter gesellschaftlicher Kontrolle. Wir brauchen die Enteignung der dafür notwendigen Flächen. Der Wohnungsbestand ist gesellschaftlich kontrolliert zu belegen (Wohnraumzwangsbewirtschaftung). Die Milliarden für Großkonzerne, die

Aufrüstungspläne der Regierung zeigen: **Geld ist genug da!** Das soll, nach den Vorstellungen der Herrschenden, dem Großkapital nachgeworfen werden. Die Menschen, die die Werte schaffen, sollen nicht nur leer ausgehen, sie sollen noch weiter zur Kasse gebeten werden.

Der Wahlkampf ermöglicht es uns, wichtige Themen vorbei an den Monopolmedien in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die DKP weist auf den Zusammenhang zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum hin. Damit der gesellschaftlich geschaffene Reichtum nicht in Privatbesitz versandet: **DKP wählen!**

Martina Lennartz

Inhalt

Kommunalwahlen 2021 / Anfrage BI "Wieseckau"	S. 2
UKGM: Streik / Trostpflaster	S. 3
G20-Aktion / Lage der Studierenden	S. 4
Israel und Palästina / Kurzarbeit	S. 5
A49 - Auf Biegen und Brechen	S. 6
Umwelt- und Friedenskatastrophe / Drohnen	S. 7
50 Jahre GE / SDAJ Gießen / Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Wir sagen DANKE



Michael Beltz (DKP) hat 15 Jahre kommunistische Kommunalpolitik im Gießener Parlament vertreten und steht aus Altersgründen bei den nächsten Kommunalwahlen nicht mehr zur Verfügung. Er provozierte mit Anträgen und Anfragen, deckte Widersprüche im Kapitalismus auf und kämpfte immer gegen den voranschreitenden Sozialabbau und



für die Interessen der Werktätigen. Die Ehrung der Widerstandskämpferin Ria Deeg war und ist ihm ein besonderes Anliegen. Wir werden in seinem Sinne weiter darum kämpfen

Michael Janitzki (PdL) tritt ebenso nicht mehr an. Er ist fleißig, hartnäckig und unermüdlich in seinen Recherchen die unsozialen Machenschaften der Regierenden aufzudecken. Beide waren über viele Jahre die Gesichter der linken Opposition im Stadtparlament.

Wir hoffen, dass beide uns mit ihren Erfahrungen weiter zu Verfügung stehen.

(KV der DKP Gießen)

Wer nicht fragt bleibt dumm!

Es gibt vieles, was an der Stadtpolitik missfällt.

Jeder in Gießen hat das Recht an den Magistrat Fragen zu stellen. Machen Sie davon Gebrauch! Schreiben sie eine Mail an das Büro der Stadtverordnetenversammlung: Andrea.Allamode@giessen.de. Von dort bekommen Sie Auskunft, in welchem Ausschuss Ihre Fragen auf der Tagesordnung stehen. Sie können die Fragen dort vorlesen oder sich die Antworten zuschicken lassen. Informieren Sie dann bitte die Redaktion des "Gießener Echo"! Bringen Sie Licht in das Dunkel der Mauscheleien!

Kommunalwahlen 2021: Gemeinsamer Antritt der *Gießener Linke*

Wie schon zur Kommunalwahl 2016 haben sich die Partei Die Linke, DKP und das Linke Bündnis auf eine gemeinsame Kandidatur -Gießener Linke- verständigt. Dies gilt für die Stadt Gießen sowie den Landkreis. Auf einer unter Corona-Bedingungen im Dezember durchgeführten Delegiertenversammlung wurden beide Listen einstimmig verabschiedet.

Der Kreisvorstand der DKP Gießen begrüßt den gemeinsamen Antritt als Gießener Linke. Es sei wiederum gelungen, die linken Kräfte zu bündeln und gemeinsam zu den Wahlen anzutreten. Als programmatische Punkte sollen die Wohnungspolitik, Verkehrs- und Klimawende sowie die Verbesserung der sozialen Lage der Menschen im Mittelpunkt stehen. Mit den beiden Listen in der Stadt und im Landkreis Gießen haben die

Menschen eine echte Alternative, so der Kreisvorstand der DKP Gießen.

Helmut Appel

Stadt Gießen	
Platz	Name
1	Ali Al-Dailami (PdL)
2	Melanie Tepe (PdL)
3	Conny Mim (PdL)
4	Stefan Häbich (PdL)
5	Martina Lennartz (DKP)
6	Francesco Arman (PdL)
9	Helmut Appel (LiBü)

Kreis Gießen	
Platz	Name
1	Reinhard Hamel (LiBü)
2	Desiree Becker (PdL)
3	Stefan Walther (LiBü)
4	Marcel Tröger (PdL)
5	Erika Wolf (PdL)

„Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht“

Rosa Luxemburg

Wo "grün" drauf steht, ist noch lange nicht grün drin

Still und verborgen vor der Öffentlichkeit verlängerte der Gießener Magistrat den Pachtvertrag für die umstrittene "Strandbar" im Landschaftsschutzgebiet "Wieseckau".

Damit kann die vom Magistrat gegen Bürgerwillen erzwungene Partymeile am und im Landschaftsschutzgebiet weitere fünf Jahre die Brutstätten der Teichvögel stören und Spaziergängern und Anwohnern unruhige Zeiten beschern. Dies brachte eine Anfrage der **Bürgerinitiative "Wieseckau"** an den Magistrat an den Tag (siehe Anfrage im Gießener Echo 12/2020). Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Stadt darauf verzichtete, Verbesserungen im Tierschutz vertraglich durchzusetzen. Offensichtlich ist es dem von den Grünen bestimmten hauptamtlichen

Magistrat unter der Regie von Ex-Bürgermeisterin Weigel-Greilich egal, dass Artenvielfalt und Populationen des Tierbestandes durch vermeidbare Störungen rapide abgenommen haben. Das Landschaftsschutzgebiet wird weitere Jahre dem gastronomischen Kommerz geopfert.

Zur Erinnerung: Unter Frau Weigel-Greilichs Verantwortung wurden nicht nur Hunderte von Bäumen für die Landesgartenschau geopfert. Im Schiffenberger Wald ließ sie auch Rohre zur Wassernutzung in Frankfurt verlegen. Dafür wurden fünf Meter breite Schneisen neben den Hauptwegen in den Wald gehauen. Und Immobilienhaie bekommen keine wirksamen Pflichten zum Erhalt von Baumbestand auferlegt.

M. Berger

www.biwieseckau.de

Streik am UKGM

Anfang Dezember rief ver.di zum Warnstreik am Uniklinikum Gießen-Marburg auf. Grund für den Streik war, dass die KollegInnen seit über einem Jahr – also schon vor Corona – fordern, auf dem Niveau des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes eingruppiert zu werden. Immer wieder wurden die Beschäftigten mit scheinheiligen Gründen vom Kampf um bessere Bezahlung abgehalten. Erst wollte man Asklepios als potentiellen Käufer nicht verschrecken, dann kam Corona. Wieder sollte man verzichten und bekam im Gegenzug ein bisschen Applaus. Nicht mehr Gehalt, nicht mehr KollegInnen, keine Arbeitszeitverkürzung.

Nicht einmal die versprochene

Coronaprämie gab es für die Pflege – für Soldaten und Bundestagsmitarbeiter jedoch schon. Also klatschten die Beschäftigten beim Warnstreik mal kräftig für ihren "Arbeitgeber". Auch der Nikolaus kam und überreichte der Klinikleitung die Wünsche der KollegInnen.

Die Klinikleitung hatte im Vorfeld die Streikenden übel diffamiert und gesagt, man dürfe nicht „ohne Not Patientenleben gefährden“. Dieser Vorwurf ist haltlos, da zum einen die Notbesetzung garantiert blieb (und das sind mit oftmals nicht weniger Pflegekräften als die Regelbesetzung) und zum anderen die Intensivstationen, der OP-Bereich, die Anästhesie und die Covid-Stationen gar nicht zum

Streik aufgerufen wurden. Man nutzt schamlos das soziale Gewissen der Menschen aus, die tagtäglich im Schichtdienst unterbezahlt und unterbesetzt ihr Leben in den Dienst der Gesundheit der Bevölkerung stellen – das ist frech und durchschaubar.

Der Kampf hat sich übrigens schon teilweise gelohnt: Der Pflege und den pflegenahen Berufen wird jetzt doch eine Coronaprämie gezahlt. Für dauerhafte Verbesserungen des Lohns und des Arbeitsalltags muss jedoch weiter gekämpft werden – damit es Patienten und Mitarbeitern besser geht, und nicht nur den Aktionären.

M. Berger



Uniklinikum: Trostpflaster für einige Beschäftigte

Bekanntlich bekommen die Beschäftigten des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) keinen Euro der von der Bundesregierung groß angekündigten Corona-Prämie. Die Vergabekriterien wurden so formuliert, dass nur ein kleiner Teil der deutschen Kliniken etwas bekommt, das UKGM als Corona-Schwerpunktklinik ist nicht dabei.

Jetzt hat die Klinikleitung ein Trostpflaster angekündigt. Die Landesregierung hat den Kliniken eine Aufwandsentschädigung von einigen hunderttausend Euro zugesagt, die zum Teil an das Personal weitergegeben werden soll. Es hätte sicher für schlechte Presse gesorgt, wenn das Geld direkt an die Aktionäre

durchgereicht worden wäre. Deshalb diese „Großzügigkeit“.

Einige hundert Beschäftigte sollen jeweils einige hundert Euro erhalten. Vom Gewinn etwas beizusteuern, kann den Aktionären natürlich nicht zugemutet werden. Wie schlecht

Asklepios sein Personal behandelt, kann man an den derzeit immer noch laufenden Tarifverhandlungen sehen. Trotz einiger eindrucksvoller Warnstreiks ziehen diese sich seit Monaten hin. Das ausgeprägte Pflichtbewusstsein des Pflege-

personals gegenüber den Patienten wird schon gewährleistet, dass der Laden weiter läuft – so denken die Profitmaximierer in den Chefetagen.

Gernot Linhart



**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
**Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**



Die Print- und Online-Ausgabe
gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Demonstrationsrecht schützen: Aktionsbericht Tag X



Im Sommer 2017 trugen Zehntausende einen lautstarken Protest gegen den G20-Gipfel auf die Straßen. Sie demonstrierten gegen ein System globaler Ausbeutung und Unterdrückung, die Belagerung der Stadt Hamburg durch brutale Polizeikräfte und eine sich verschärfende soziale Ungleichheit. Für viele Aktivist:innen, die gegen den Gipfel auf die Straße gegangen sind, ist der Sommer 2017 noch nicht vorbei. Diese werden nach wie vor vom Staat verfolgt.

Nach etlichen Verfahren und Haftstrafen in den letzten Jahren steht nun der „Rondenburg-Prozess“ an. Ein Gerichtsprozess, mit dem eine spontane Demonstration, die während des Gipfels durch einen brutalen Polizeiangriff aufgelöst wurde, als Ganzes unter Strafe gestellt werden soll.

Am 28.11.20 fand im Zeichen des „Rondenburg-Prozesses“ ein bundesweiter Aktionstag statt. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen

(ARAG) solidarisieren sich mit den Angeklagten. Im Rahmen des Aktionstages wurde in der Diezstraße in Gießen an einem Hochhaus ein riesengroßes Transparent ausgerollt mit der Aufschrift „United we stand – Fight Repression“. Die Aktivist:innen zeigen Solidarität und stellen sich entschlossen den Repressionen in den Weg! Ihre Botschaft: „Jetzt zerrt die Klassenjustiz uns vor Gericht und initiiert politische Massenprozesse. Lediglich die Teilnahme an einer Demonstration und keine konkreten Straftaten wirft die Staatsanwaltschaft den Angeklagten vor. Die Teilnahme an einer Demonstration soll demzufolge als Strafbestand für eine Verurteilung ausreichen.“

Durch Repression soll die radikale

Linke systematisch und langfristig handlungsunfähig werden.

Der Widerstand gegen die G20 ist Angelegenheit von uns allen. Allen, die für eine klassenlose, gerechte Zukunft kämpfen, die von unten entwickelt wird. Allen, die fordern, dass Ressourcen und Reichtümer nicht weiter für den Profit der Wenigen, sondern für das Wohl der Vielen eingesetzt werden.

Clara Roth

Die DKP Gießen solidarisiert sich



Um diesen Angriff auf die Demonstrations- und Pressefreiheit zu rechtfertigen, benötigt die Polizei nun das Bild des "angeblichen gewaltbereiten Linksextremismus". Die DKP fordert Ermittlungen gegen gewalttätige Polizisten statt gegen Demonstranten.

Wir solidarisieren uns mit den Angeklagten. Sie müssen u.a. auf eigene Kosten wöchentlich nach Hamburg fahren. **Rote Hilfe e.V.** unterstützt die Angeklagten: DE25 2605 0001 0056 0362 39, Stichwort "G20"

Zur Lage der Studierenden

Seit Oktober besteht der Alltag für Studierende hauptsächlich aus Zeit vor dem Bildschirm. Viele kennen die digitale Lehre bereits vom Sommersemester und haben gehofft, dass das Wintersemester unter normalen Bedingungen stattfinden kann. Wenn man tatsächlich in Regelstudienzeit studiert, verbringen manche also ein Drittel ihrer Studienzeit nicht in Hörsälen, sondern zu Hause. Teilweise muss man sich als Studierende anhören, man könne froh sein, dass der Weg zur Uni wegfalle, man flexibel studieren könne und es eine großartige Möglichkeit sei, sich persönlich weiterzuentwickeln.

Auf die Probleme wird noch immer unzureichend eingegangen. Für viele ist die digitale Lehre keine Chance, sondern eine Herausforderung und Belastung. Für diejenigen, die ihr Studium selbst finanzieren müssen und nun wo-

möglich keinen Nebenjob mehr haben. Für diejenigen, die sich keinen teuren Laptop leisten können, die keine Webcam oder keine stabile Internetverbindung haben. Für diejenigen, die isoliert sind und nur Gesichter auf Bildschirmen sehen oder ein viel zu kleines WG-Zimmer bewohnen. Also auch im Online-Semester sind Arbeiterkinder besonders benachteiligt.

Darüber hinaus werden



Studierende mit einer Unmenge an zusätzlichen Aufgaben und Texten überschüttet. Wenn man Dozierenden mitteilt, dass die Leistungsanforderungen nicht angemessen sind, antworten sie häufig, man solle ein Urlaubssemester beantragen und Studieren sei ein Vollzeitjob. Auch das können sich nicht alle leisten.

Hätte die Regierung im März und April nicht die wirtschaftlichen Interessen über alles gestellt, hätte man die zweite Welle der Pandemie vielleicht verhindern können oder zumindest Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und auch (Hoch-) Schulen durch mehr Personal, digitale Endgeräte für alle usw. besser ausstatten können. Erneut zeigt sich, dass dieser Staat nicht auf unserer Seite ist und wir nicht erwarten können, dass er in unserem Interesse handelt.

Rosa Salin

Israel und Palästina: Ein System der Apartheid

Gerade die BRD ist in ihren Verlautbarungen staatlicher Stellen oft der „beste Freund“ Israels. Diese „Nibelungentreue“ hat in letzter Zeit Risse bekommen. Im Mai 2020 kündigte Israels Premierminister Netanjahu die völkerrechtswidrige Annexion des Westjordanlands bis zum 1. Juli an. Die Annexion fand zunächst nicht statt, Netanjahu bringt sie aber immer wieder ins Spiel. Auch der weiter stattfindende völkerrechtswidrige Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten führte zur Kritik der BRD, geht es dem Exportweltmeister doch um eine Befriedung des Nahen Ostens und der Schlüssel dazu ist die Lösung der Palästinafrage.

Trotz allem gilt den deutschen Freunden der israelischen Besatzungspolitik der Staat Israel als die einzige wahre Demokratie des Nahen Ostens. Zwar ist Israel im Gegensatz zu vielen arabischen Ländern eine parlamentarische

Demokratie, dies sagt aber wenig über die realen Verhältnisse. Bis heute müssen israelische Frauen ihre Männer um Erlaubnis fragen, wenn sie sich scheiden lassen wollen. Das Oberste Rabbinat, so etwas wie der Vatikan Israels, hat wesentlichen Einfluss auf Bereiche der Politik, besonders des Familienrechtes. Streng genommen ist Israel ein religiöser Staat im Gewand einer bürgerlichen parlamentarischen Demokratie.

Der verstorbene Faschismusforscher Zeev Sternhell schrieb 2015: „Die Besatzung ist der Grund für den Krieg mit den Palästinensern. Solange die jüdische Gesellschaft die Gleichberechtigung des anderen Volkes, das im Land lebt, nicht anerkennt, wird sie immer tiefer in der kolonialen Realität und der offenen Apartheid versinken.“ Nach der Vertreibung von 750.000 Palästinensern 1948 sind die meisten der verbliebenen

Palästinenser einer repressiven Militärverwaltung unterstellt. Die offizielle Abschaffung der Militärverwaltung 1966 brachte ihnen kaum Erleichterung. Trotzdem konnten die Palästinenser sich noch frei bewegen. 1991 schränkte aber ein System von Passierscheinen, Checkpoints und Verboten zur Nutzung von Israelis vorbehaltenen Straßen ihre Mobilität sukzessive ein. Meist erhalten Palästinenser schlechtere Löhne und sind überproportional von der in Israel weitverbreiteten Armut betroffen. Ihre Entrechtung, vor allem auch ihre weitgehende Trennung von der jüdischen Mehrheitsgesellschaft, weist Parallelen zu den Zuständen im Südafrika des Apartheidregimes auf. Israel ist eine kapitalistische Klassengesellschaft und die Staatsideologie des Zionismus ist eine Methode, die Lohnabhängigen zu spalten.

Henning Mächerle

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Kurzarbeit: Böses Erwachen

Millionen Beschäftigte, die coronabedingt in Kurzarbeit sind oder waren, müssen zusätzlich zu niedrigeren Einkommen mit Steuernachzahlungen rechnen. Die Ursache hierfür ist, dass das Kurzarbeitergeld selbst zwar steuerfrei ist, aber dem Progressionsvorbehalt unterliegt. Das bedeutet: Bei der Berechnung des Prozentsatzes, mit dem das übrige Einkommen besteuert wird, wird das erhaltene Kurzarbeitergeld einbezogen. Ein höherer Steuersatz ist die Folge. Diese Mehrbelastungen spüren insbesondere Beschäftigte mit ohnehin schon niedrigem Einkommen.

Nicht nur durch Steuernachzahlungen drohen Einbußen. Die Höhe des Kurzarbeitergeldes berechnet sich eigentlich aus der Differenz zwischen dem Soll-Entgelt im Arbeitsvertrag und dem tatsächlichen Ist-Entgelt in

der Kurzarbeit. Wie aus einer Mitteilung der Arbeitsagentur hervorgeht, werden einmalige Sonderzahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes nicht berücksichtigt. Dadurch fällt die Höhe des Kurzarbeitergeldes entsprechend niedriger aus.

Dies ist kein Plädoyer gegen Kurzarbeit. Kurzarbeit kann ein sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument sein, um Kolleginnen und Kollegen vor Jobverlust zu schützen. Es ist aber eine Kritik an der konkreten Ausgestaltung und an einer Politik, die das Ziel verfolgt, Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Letzteres wird schon bei der Anmeldung von Kurzarbeit deutlich. Während Unternehmer 100% der Sozialversicherungsbeiträge von der Agentur erstattet bekommen, erhalten die betroffenen Beschäftigten in der

Regel nur 60% ihres Gehalts.

Auch inzwischen vorgenommene Erhöhungen auf 70 bzw. 77% des ausgefallenen Nettoentgelts nach vier Monaten und 80 bzw. 87% ab dem siebten Bezugsmonat sind sicher nicht der Einsicht der Regierenden geschuldet. Sie sind das Ergebnis von gewerkschaftlichem Druck.

Ulf Immelt



A49 - Auf Biegen und Brechen

Die Regierungsbeteiligung der Grünen in Hessen hat sich mal wieder gelohnt. Durch den Dannenröder Forst und benachbarte Wälder wurde eine breite Schneise geschlagen, um Platz für eine Autobahn (A49) zu machen. Ein in Jahrhunderten gewachsenes Ökosystem wurde zerstört, ein Wasserschutzgebiet nachhaltig geschädigt.



Die Grünen-Spitze entblödete sich nicht, den aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengezogenen Polizeitruppen zu danken und die Aktivisten, die monatelang für den Erhalt des Waldes kämpften, zu beschuldigen, Gewalttäter in ihren Reihen zu dulden.

Als Grund dafür, dass der „grüne“ Wirtschaftsminister die Naturzerstörung durchsetzen musste, wird genannt, der Autobahnbau sei demokratisch beschlossen worden.

Aber wie kommt so ein Beschluss zustande? Im Bundestag wird nicht über einzelne Bauabschnitte diskutiert, sondern über einen Fernstraßenverkehrsplan. In den Fraktionen haben sich nur wenige Abgeordnete mit den Einzelheiten befasst, in Ausschüssen führen Lobbyisten der Auto- und Bauindustrie das Wort. Bei der Festlegung der Bauabschnitte wird meist nicht die ökologisch günstigste Variante gewählt. Hier spielen die Interessen der Industrie und einiger in der Region wichtigen Politiker die Hauptrolle. Bei der „demokratischen“ Abstimmung geben die Fraktionsführungen das Ergebnis vor. Während der Baudurchführung wird dann eine "Salamitaktik" angewandt. Zuerst werden unstrittige Abschnitte gebaut. Zuletzt bleiben Lücken, die dann wegen der selbst geschaffenen Sachzwänge geschlossen werden müssen.

Als Grund für den Bauzwang werden Gerichtsbeschlüsse genannt, es sei ja alles rechtlich geprüft worden. Gerichte prüfen aber nicht, ob der Bau sinnvoll ist, sie prüfen auch nicht, ob die Genehmigung bei heutigem Rechtsstand noch erteilt werden könnte. Sie beurteilen nur, ob zum Zeitpunkt des Beschlusses alle Gesetze eingehalten wurden. Auch wenn noch Fragen, z.B. bzgl. des Wasserrechtes, offen sind, ver-

bieten sie den Weiterbau nicht, sondern machen nur Auflagen.

Als Entschuldigung für die Naturzerstörung wird oft angeführt, es gäbe ja Ausgleichsmaßnahmen. Ein akzeptabler Ausgleich wäre aber nur, wenn in der Nähe des zubetonierten Biotops eine versiegelte Fläche wieder geöffnet und ein gleichwertiges Biotop angelegt würde. Das ist jedoch nie der Fall. Tatsächlich werden in der Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen oder Heckenlandschaften bewaldet. An der ökologischen Verarmung des Landes ändert das wenig. **Wald statt Asphalt** – diese Losung muss gegen die Interessen des Kapitals durchgesetzt werden.

Gernot Linhart

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Es grüßt mit herzlichem Dank
das Redaktionskollektiv



Anfang Dezember jährte sich zum 5. Mal der Abschluss des Pariser Abkommens zum Klimaschutz. Um Politiker an die damit verbundenen Verpflichtungen zu erinnern, machten sich „Parents for Future“ in

Leipzig auf den Weg zur EU nach Brüssel. Eine Etappe der Radtour führte vom Dannenröder Forst nach Wetzlar. In Gießen wurden die Aktivistinnen und Aktivisten von etwa 100 Mitstreitern begrüßt,

die vor dem Rathaus für „Gießen 2035 – klimaneutral“ demonstrierten. Der hier zuständigen Stadträtin Weigel-Greilich (Grüne) wurde als Gedächtnisstütze eine Nachbildung des Eiffelturms überreicht.

Umweltkatastrophe und Friedenskatastrophe

Gießener Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) geben eine wissenschaftliche Zeitschrift zu heutigen Umweltproblemen heraus. Sie sagen: „Die Klimakatastrophe ist das Thema unserer Zeit“, und das zu recht. Aber ein zweites Thema muss uns auch beunruhigen: die ständig wachsende Rüstung und Militarisation der Welt, die Kriegskatastrophe. Ohne Rückführung der weltweiten Rüstung wird es auch keine entscheidende Besserung des Klimas geben.

Deutschland folgt außenpolitisch im Grundsatz der Politik der USA. Diese haben trotz vorheriger gegenteiliger Zusicherung die damaligen Staaten des Warschauer Paktes der NATO einverleibt. 1990

sagte US-Außenminister Baker: „Das Bündnis [NATO, Anm. GE] werde seinen Einflussbereich ‚nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen‘, falls die Sowjets der NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland zustimmen.“ 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn Mitglied der NATO. 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien, 2008 Albanien und Kroatien. Die NATO hat einen Ring um Russland gelegt. Gleichzeitig wollen die USA mobile landgestützte Mittelstreckenraketen gegen China in Asien stationieren.

Die Menschen in Deutschland, die 1983 gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen auf die

Straße gingen, halfen mit, den INF-Vertrag, das Verbot landgestützter Mittelstreckenwaffen, zu erreichen. Bei der Unterzeichnung des Vertrages sagte Generalsekretär Gorbatschow seinem US-Kollegen: „Wir können stolz darauf sein, dieses Bäumchen zu pflanzen, aus dem eines Tages ein mächtiger Baum des Friedens wachsen möge.“ Die USA haben im Februar 2019 das Bäumchen gefällt, ganz wie sie mit der Ablehnung des Pariser Klimaabkommens der Umweltpolitik einen schweren Schlag versetzt haben. Wir müssen uns weiterhin gegen Klimakatastrophe und für den Frieden organisieren und auf die Straße gehen.

Klaus Mewes

Kampfdrohnen

Die "Zeit" bezeichnete sie als "Einstieg in den Maschinenkrieg". Es geht um die Forderungen von AFD, CDU, FDP bis zu Teilen der SPD nach Anschaffung von Drohnenbewaffnung aus israelischer Waffenproduktion für die Bundeswehr. Mit der irreführenden Begründung, diese ferngesteuerten Waffensysteme könnten deutsche Soldaten schützen, will die Bundesregierung Millionen Euros weiterhin für die Aufrüstung verschwenden, statt in Schulen und Kindergärten für unsere Zukunft zu investieren.

Der Chef des Bundeskanzleramts und heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Helge Braun hat in

einem Brief an einen unserer Leser die Auffassung vertreten, Aufklärungsdrohnen seien "ein wichtiger Baustein unserer Einsatzkonzepte", die notfalls auch bewaffnet werden müssten. Er vertritt die irriige Meinung, dass sich "weder unsere moralischen Maßstäbe noch unsere rechtlichen Rahmenbedingungen ändern werden".

Aber: Es ist alles im Fluss, und Moral ist in der bürgerlichen Politik allein der Tanz ums goldene Kalb. Gezielte Tötungen nach Vorbild der US-Armee sind völkerrechtswidrig. Als Arzt des UKGM in Gießen sollte Herr Dr. Braun die Heilung des Patienten im Auge haben, nicht das Abschlachten!

In dem Brief hatte der Leser die "reduzierte Hemmschwelle zum Töten" ebenso angeführt wie einen qualitativ entscheidenden Schritt zu einer automatisierten Tötungsmaschinerie, durch den menschliche Erwägungen und Vernunft keine Rolle mehr spielen. "Am deutschen Wesen (Imperialismus) soll die Welt genesen" gab es schon öfters mit schwerwiegenden Folgen.

Deswegen: Weder israelische noch Euro-Drohnen - Abrüstung jetzt!
M.Berger

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren **Informationen der DKP Gießen** interessiert sind, erreichen Sie uns hier im Internet:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC SKGIDE5F.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Druck: Gründrucken Gießen
Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an:

Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen,

Neue E-Mail: giessen@dkp.de

Im Internet: www.giessen.dkp.de



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **25 Jahren** meldeten wir, dass die damalige presserechtlich Verantwortliche Erika Beltz eine Vorladung zur Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei erhalten hatte. Angeblich hätte sie im Dezember-Echo zu einer Straftat aufgefordert. Am kriegsverherrlichendem Greif-Denkmal an der Licher Gabel waren von Unbekannten der Raubvogel und Teile einer Inschrift, mit der Bomberpiloten geehrt wurden, entfernt worden. In einem Artikel war die Frage gestellt worden, ob es nicht angebracht sei, den Rest der Inschrift und ein Eisernes Kreuz ebenfalls zu beseitigen. Inzwischen wurde das Denkmal durch eine trauernde Kriegerwitwe und eine Informationstafel ergänzt – viel erträglicher ist es dadurch nicht geworden.

Vor **40 Jahren** ging es im Echo um eine in Rabenau geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Reaktor-Brennelemente. Eine dagegen gegründete Bürgerinitiative wurde auch von Gießener Genossen unterstützt. Der Widerstand war erfolgreich.

Vor **50 Jahren** war der Aufmacher die 1. Gießener Arbeiterjugendfete. Am Silvesterabend trafen sich im Dachsaaal des Gewerkschaftshauses junge Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie feierten nicht nur, sondern diskutierten und verabschiedeten Resolutionen gegen den US-Krieg in Vietnam, für die Freilassung von Angela Davis und zur Lage der arbeitenden Jugend in der Bundesrepublik Deutschland.

Gernot Linhart

Termine:

20.01.2021: Redaktionsschluss für das Februar-Echo

30.01.2021 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen,
Am Kugelbrunnen



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern

**Protest
gegen Hartz IV**

Gruppen-Neugründung der SDAJ in Gießen!

Aus unterschiedlichen Gründen gibt es seit wenigen Jahren keine aktive SDAJ mehr in Gießen. Dies konnte nicht so bleiben und im Dezember 2020 gründete sich wieder eine Gruppe aus neuen, ehemaligen und zugezogenen Mitgliedern.

Wir sind aktuell eine noch kleine Gruppe aus Werkträgern, Schülern und Studis - keine alteingesessene Truppe. Wir sehen uns nicht als isolierte, abgehobene „Marx-Kenner“, die Kreise in Elfenbeinturmdiskussionen drehen möchten, sondern wollen vor allem in der Praxis aktiv sein; sei es im Fußballverein, im Stadtteil, im Betrieb, der Schule oder auf der Straße. Wir wollen eine Alternative zu dem herrschenden System schaffen und diese für Menschen sichtbar machen, die mit der „linken Szene“ bisher nicht in Kontakt gekommen sind. Deshalb



erachten wir es als Bereicherung, mit Interessierten ins Gespräch zu kommen und sind immer offen für Menschen, die uns einfach mal bei einem unserer Gruppenabende näher kennenlernen möchten. Da wir uns noch in der Aufbauphase befinden, ist jetzt der optimale Zeitpunkt, um aktiv die Entwicklung der Gruppe mitzugestalten.

Die **SDAJ**, „**Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend**“, ist eine bundesweite Organisation von jungen Werkträgern, Schülern, Auszubildenden und Studis, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Pass. Wir kämpfen für eine Welt ohne Aus-



beutung und Rassismus, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne und Bosse das Sagen haben.

Was unterscheidet uns von anderen Jugendorganisationen? Andere Jugendorganisationen erkennen zwar die Probleme des Kapitalismus an, haben aber keine Alternative. Ein neues System wird sich nicht allein durch Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse erreichen lassen, sondern durch einen Bruch mit diesem System, dem Kapitalismus. Für uns ist dieser Bruch, den wir im Kampf um notwendige Verbesserungen unserer Lebensbedingungen erreichen wollen, unvermeidbar, um eine gerechtere, sozialistische Gesellschaft zu erreichen. **Sozialismus heißt die Alternative, für die wir kämpfen.**

Falls du dich mit unserem Selbstverständnis identifizierst oder einfach mal in linke politische Arbeit eintauchen möchtest, melde dich doch über **giessen@sdaj.org** oder schreibe uns eine Nachricht auf unserer Facebookseite. Wir freuen uns auf interessante Gespräche!!

Jonas & Asis von der SDAJ Gießen



 <https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>

 https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal